

HAUSANSCHRIFT Friedrichstraße 108, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11055 Berlin
TEL +49 (0)30 18441-2225
FAX +49 (0)30 18441-1245
INTERNET www.bundesgesundheitsministerium.de
E-MAIL pressestelle@bmg.bund.de

Pressemitteilung

Berlin, 06. April 2016

Kabinett beschließt Strategie zur Eindämmung von HIV, Hepatitis B und C sowie anderer sexuell übertragbarer Infektionen

Das Bundeskabinett hat heute den Entwurf einer Strategie zur Eindämmung von HIV, Hepatitis B und C sowie anderer sexuell übertragbarer Infektionen („BIS 2030 - Bedarfsorientiert, Integriert, Sektorübergreifend“) beschlossen. Die vom Bundesministerium für Gesundheit und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gemeinsam vorgelegte Strategie wird nun Bundestag und Bundesrat zugeleitet.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe: „Dank unserer erfolgreichen Präventionsarbeit und hochwertigen Behandlung gehört Deutschland zu den Ländern mit den niedrigsten HIV-Neuinfektionsraten in Europa. Die aktuellen Zahlen zeigen aber auch, dass die Anstrengungen nicht nachlassen dürfen. Dabei ist es wichtig, alle sexuell und durch Blut übertragbaren Krankheiten in den Blick zu nehmen. Dadurch können Gemeinsamkeiten in der Prävention, Testung, Diagnostik genutzt und die Versorgung der Patientinnen und Patienten insgesamt verbessert werden. Zusammen mit den Bundesländern, Verbänden und Selbsthilfeorganisationen können wir so HIV, Hepatitis B und C und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten noch wirksamer bekämpfen.“

Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller: „Bei der Bekämpfung von HIV und AIDS wurden bereits beachtliche Erfolge für Millionen Menschen weltweit erreicht. Dennoch dürfen wir mit den Anstrengungen nicht nachlassen, besonders in Subsahara-Afrika“. So sei zwar die

Zahl der Neuinfektionen unter Kindern von 520.000 im Jahr 2000 bis zum Jahr 2014 um mehr als die Hälfte auf 220.000 zurückgegangen, aber „Es muss unser Ziel sein, die Neuinfektionen mit HIV drastisch zu reduzieren. Wir setzen daher auf Prävention und verbesserte medizinische Versorgung.“

Mit der HIV/AIDS-Bekämpfungsstrategie von 2005 hat die Bundesregierung erstmals Handlungsfelder zur Eindämmung von HIV und AIDS auf nationaler und internationaler Ebene beschrieben. Trotz wichtiger Erfolge in der Eindämmung der Epidemie ist eine Fortsetzung des Engagements notwendig. Da HIV, Hepatitis B und C sowie andere sexuell übertragbare Infektionen vergleichbare Übertragungswege und -risiken haben, werden die verschiedenen Krankheitserreger künftig in einer gemeinsamen, integrierten Strategie in den Blick genommen. So können Gemeinsamkeiten in der Prävention, Diagnostik und Testung der Krankheiten und bei der Versorgung der Patientinnen und Patienten besser genutzt werden.

Die Bereiche „Früherkennung und Prävention“ werden mit der neuen Strategie weiter ausgebaut. Denn durch das frühzeitige Erkennen von Infektionen können Menschen schneller geheilt, Spätfolgen vermieden und die Übertragung von Infektionen verhindert werden.

Die Zahlen der geschätzten Neuinfektionen mit HIV haben sich seit 2006 stabilisiert. 2014 wurden 3.200 neue Fälle registriert. Ende 2014 lebten in Deutschland etwa 84.000 Menschen mit HIV. Dagegen ist etwa bei Syphilis seit 2010 ein starker Anstieg zu verzeichnen. 2014 wurden 5.722 Fälle gemeldet, 14 Prozent mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg ist nur bei Männern zu beobachten. Bei Frauen sind die absoluten Zahlen wesentlich niedriger und waren 2014 rückläufig.

Die Präventions- und Versorgungsangebote sind passgenau auf verschiedene Altersgruppen und Lebensbereiche ausgerichtet. Im Mittelpunkt steht dabei, Wissen über die Krankheiten, ihre Übertragungswege und die Schutzmaßnahmen zu vermitteln. Als Grundlage für die Planung und Durchführung von Maßnahmen werden aktuelle Daten erhoben.

Eine Vernetzung der staatlichen Institutionen, dem Gesundheitsbereich, freien Trägern, Selbsthilfeorganisationen und anderen Akteuren soll gewährleisten, dass betroffene Menschen mit abgestimmten Maßnahmen besser erreicht und Ressourcen gebündelt werden.

Auf internationaler Ebene wird die deutsche Entwicklungspolitik darüber hinaus ihre Anstrengungen fortführen, um allen Betroffenen Zugang zu Behandlung und sozialer Absicherung zu ermöglichen. Dabei sollen konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung von HIV eng verzahnt werden mit der nachhaltigen Stärkung von Gesundheitssystemen sowie der Stärkung von Frauenrechten.

Auch die besonders schwierige Lage von Menschen auf der Flucht wird berücksichtigt, etwa durch die Integration von Präventions- und Schutzmaßnahmen in lokale HIV-Programme der Aufnahme- und Transitländer.

Neben bilateralen Programmen der Entwicklungszusammenarbeit wird die Bundesregierung daher international auch weiterhin den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria unterstützen.

Maßstab ist und bleibt das Ziel der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, die AIDS-Epidemie bis zum Jahr 2030 zu beenden und Hepatitis und andere übertragbare Infektionen zu bekämpfen.

Weitere Informationen unter www.bundesgesundheitsministerium.de und www.bmz.de